



Dem Ohnmachtsgefühl begegnen

Ich beginne mit einem Erlebnis. Am 24. September, am Tag der Abstimmung, war ich in Zagreb. Die Nachrichten im Radio brachten die Meldung, dass das Referendum gegen die Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht verloren wurde. Ich hörte dann einen Soziologen, der als Kommentator schlicht und einfach sagte: «Die Schweizer sind Rassisten!». «Nein!», rief ich aus, und dafür kann ich mich bei euch bedanken, «ich kenne die anderen Schweizerinnen und Schweizer».

Jetzt zum Titel dieser Veranstaltung. Ich frage mich: Wieso schreibt ihr «Widerstand gegen Diskriminierung und Ausgrenzung»? So, als gäbe es einen Widerstand für etwas... Eigentlich müsste man die ganze Bewegung umbenennen. So wäre der Titel «Zukunft der Kämpfe für Menschenrechte und für eine solidarische Schweiz» etwas treffender. So könnten wir den Widerstand den ewig Gestrigen, verbohrteten Parteien anlasten, den Konservativen, welche sich diesem Weg in die Zukunft widersetzen.

Jetzt beginne ich noch mit dem Wort Zukunft zu hadern. Als Jacques Derrida sein Buch über Zukunft der Demokratie schrieb, hat er verneint, dass es überhaupt möglich sei, über die Zukunft zu schreiben. Man kann nur über die Vergangenheit sprechen, gerade um zur

Gegenwart zu kommen, alles anderes ist Spekulation. Ja, auch ich bin keine Zauberin mit einer Glaskugel.

Wir feiern heute auch den fünfzigsten Jahrestag des Ungarn-Aufstands. Gerade einen Monat dauerte der blutig ausgelöschte Widerstand gegen die kommunistischen Besatzer. Miklós Gimes schrieb im Tages-Anzeiger Magazin heute ein Porträt seines Vaters. Eines Mannes aus bürgerlicher Familie, der orthodoxer Kommunist wurde, um gegen Ende des Lebens für die Freiheit zu sterben – als Kämpfer gegen seine eigenen politischen Weggefährten.

Was mir aufgefallen ist, sind vier Punkte zu dieser Geschichte: Zum einen, dass Menschen dem Massenwahn verfallen können. Zum Zweiten, dass sie genauso gut eines Besseren zu belehren sind. Zum Dritten, dass Machthaber die Gräber verstecken können, aber dass die Unmenschlichkeit auf lange Sicht keine Früchte tragen kann. Zu Vierten, wenn wir heute von «schweren Zeiten» reden, sollten wir von der Geschichte lernen, und sie lehrt uns, dass es keine einfache Zeiten gegeben hat.

Es braucht, wie Manfred Züfle treffend sagte, eine Ergänzung der Geschichte, auch der schweizerischen, um eine Geschichte jener Menschen, welche für eine menschenwürdige Gesetzgebung



und Politik gekämpft haben. Manfred hat mit dem Buch «Die Fremdmacher» dazu seinen Beitrag geleistet.

Zum Schluss möchte ich in diesem Sinne eine Besonderheit der neu-sprachlichen Regelung unter Linken aufnehmen. So oft höre ich: «Ich habe ein Ohnmachtsgefühl...». Diesen Satz, genau diesen Satz möchte ich umwandeln in «Ich habe die Macht des Verstandes und Widerstandes um Zukunft zu gestalten» – zusammen mit euch.

Dragica Rajcic*

** Diese Rede sprach die Autorin Dragica Rajcic anlässlich des Banquet républicain – 20 Jahre Sosl am 21. Oktober 2006 in Bern*

Auslieferungen:

Kein Schutz selbst für anerkannte Flüchtlinge

Seite 3

Dossier:

20 Jahre Geschichte und die Zukunft des Widerstands

Seiten 5 – 8

grundrechte.ch

Die Nachfolgerin von Archiv Schnüffelstaat

Seite 9

Schlussresolution des Banquet républicain

«Wir tragen den Widerstand gegen Diskriminierung und Ausgrenzung weiter!»

Anlässlich des Banquet républicain zum 20jährigen Jubiläum von *Solidarité sans frontières* (mehr dazu in der Heftmitte) wurde die folgende Resolution verabschiedet.

Unsere Bewegung ist stärker und breiter geworden. Das Doppelreferendum gegen das neue Ausländergesetz und die Verschärfung des Asylgesetzes erlaubte erstmals in der Geschichte des Widerstands den gemeinsamen Kampf der Asylbewegten und der im Migrationsbereich Engagierten. Wir wollen diese Breite von engagierten Einzelpersonen und Organisationen beibehalten. Unser Anliegen ist ein gemeinsames Anliegen

von christlichen, humanistischen, linken und liberalen Kreisen. Trotz und gerade wegen der verlorenen Referendumsabstimmung vom 24. September 2006 muss der Kampf für die Grundrechte, für Respekt und gegen institutionellen Rassismus weitergehen.

1. Die Würde und Integrität des Menschen ist unteilbar. Wir fordern Grundrechte und soziale Rechte für alle – unabhängig vom ausländerrechtlichen Status. Und wir fordern die kollektive Regularisierung der Sans-Papiers.

2. Wir unterstützen alle Kräfte, welche die Umsetzung der unmenschlichen Gesetze kritisch beobachten und Grund-

rechtsverletzungen anprangern wollen. Und wir fordern die im Abstimmungskampf engagierten Organisationen auf, ihren Kampf für die Grundrechte nach dem 24. September engagiert fortzusetzen.

3. Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Wir erklären uns solidarisch mit allen Menschen und Bewegungen, welche auf unmenschliche und diskriminierende Gesetze mit Gehorsamsverweigerung reagieren.

4. Wir verpflichten uns, in unserem Umfeld die Diskussion über eine alternative Immigrations- und Asylpolitik aufzunehmen oder weiterzutragen. Der Angstmacherei von rechts wollen wir die Vision einer offenen, demokratischen und solidarischen Schweiz entgegensetzen. Und wir wollen diese Vision auch in die öffentliche und politische Diskussion tragen.



Zu den Fotos dieser Ausgabe

Ende August 2006 brachten «Éditions Ouverture» und der «Point d'appui», eine von der reformierten und der katholischen Kirche betriebene Anlaufstelle für Asylsuchende in Lausanne, das Buch «Interdits d'asile» heraus, mit dem sie erneut auf die unhaltbare Situation der Personen mit Nicht-Eintretens-Entscheid (NEE) aufmerksam machen wollen. Es enthält Textbeiträge unter anderem von Waadtländer PolitikerInnen (François Couchepin, Marianne Huguenin, Anne-Catherine Menétréy-Savary). Die Fotos stammen von Jean Michel Gunz. «Als ich den Auftrag annahm, dieses Buch zu illustrieren, wusste ich nichts von der NEE-Problematik», erläutert er. Es wäre sehr leicht gewesen, sich auf das offensichtliche Leiden der Betroffenen zu konzentrieren. Trotzdem habe er sich um «fotografische Neutralität» bemüht und zum Glück auch Momente positiver Emotionen gefunden.

Wir danken den Herausgebern und dem Fotografen für die Abdruckgenehmigung.

Zilocchi, Brigitte/Barbey, Jean-Pierre (Redaktion): Interdits d'asile, Lausanne 2006, 150 S., Fr. 29.-; erhältlich bei Diffusion Ouverture, c.p. 13, 1052 Le Mont-sur-Lausanne, Tel. 021 652 16 77, ouverture@bluewin.ch

Mit Auslieferungsersuchen gegen Oppositionelle Garantiert keine Folter?

Dass die Türkei Oppositionelle noch Jahre nach deren Flucht ins Ausland verfolgt, ist nichts Neues. Dass die Schweiz die Flüchtlinge nicht schützt, leider auch nicht.

Seit Ende Mai 2006 sitzt Dursun Güner im deutschen Lörrach in Auslieferungshaft. In einem internationalen Haftbefehl und in dem Anfang Juli beim Oberlandesgericht Karlsruhe eingegangenen Auslieferungsersuchen wirft ihm die türkische Polizei vor, 1979/80 an drei Morden beteiligt gewesen zu sein. Der Fall des seit 2004 in der Schweiz und zuvor in Italien anerkannten türkischen Flüchtlings ist typisch: einerseits für die Praxis der türkischen Polizeibehörden, die bei ihren Fahndungsersuchen gegen geflüchtete Oppositionelle regelmässig unhaltbare Mord-Vorwürfe vorschieben und damit die Regeln Interpols und der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen umgehen. Zum andern ist das Schicksal des 48-jährigen Güner ein weiteres Beispiel dafür, dass die Schweiz nicht bereit ist, Flüchtlinge vor den Folgen derart vorgeschobener Haftbefehle zu schützen. Dem Bundesamt für Justiz (BJ) war das Fahndungsersuchen bekannt, es hat Güner aber nicht informiert. Nach ähnlich gelagerten Fällen in den Jahren 2000 (Naci Öztürk) und 2003 (Hüseyin Sevinc) hatte die damalige EJPD-Vorsteherin Ruth Metzler angekündigt, die Praxis des BJ und des Bundesamtes für Migration (BfM) zu ändern. Statt einer konkreten Warnung belässt es das BfM jedoch bei dem allgemeinen Hinweis, dass der Asylstatus nur innerhalb der Schweizer Grenzen vor Verfolgung schützt.

Immerhin hat das Oberlandesgericht Karlsruhe von der Türkei bis Ende November die Beantwortung eines ausführ-

lichen Fragekatalogs zu den Ungereimtheiten des Ersuchens verlangt und die Beiziehung der Akten aus dem Asyl- und Auslieferungsverfahren in Italien angeordnet. Selbst wenn Güner dann freikäme, hätte er ein halbes Jahr unnötig in Haft verbracht und muss für mehrere Tausend Franken Anwaltskosten aufkommen.

Mitangeklagte gefoltert

Mit einem ebenso haarsträubenden Vorwurf konfrontiert ist Erdogan Elmas, der seit Februar – allerdings in der Schweiz – in Auslieferungshaft ist. Laut dem Auslieferungsersuchen der Türkei soll er 1994 – im Alter von fünfzehn Jahren – an der Ermordung eines Polizisten beteiligt gewesen sein. 1996 floh er in die Schweiz und wurde 1999 vorläufig aufgenommen. An einer Pressekonferenz am 31. Oktober 2006 wies Rechtsanwalt Marcel Bosonnet darauf hin, dass das BfM jedes Jahr neu bestätigt habe, dass Elmas bei einer Rückschaffung in die Türkei ernsthafte Nachteile und die Verletzung grundlegender Rechte drohen. Bosonnet hat für seinen Mandanten kürzlich ein erneutes Asylgesuch gestellt: «Es ist jetzt klar, dass die Aussagen der Mitangeklagten, auf die sich das türkische Auslieferungsersuchen stützt, unter Folter zustande gekommen sind.»

Im August hat das BJ erstinstanzlich die Auslieferung gutgeheissen, nachdem es die türkische Botschaft eine vorformulierte Garantieerklärung hatte unterzeichnen lassen. Die Türkei versichert darin, sich an die internationalen Men-

schenrechtsabkommen zu halten und darüber hinaus Anwälten und Familienangehörigen Zugang zu gewähren. Mit solchen Erklärungen hält das BJ auch die Auslieferung von zwei weiteren Flüchtlingen – Zeynep Yesil, Mehmet Esiyok, die erst im Dezember 2005 bzw. im Juni 2006 in die Schweiz einreisten und ein Asylgesuch stellten – für machbar. Im Falle Zübedir Aydar, der hier bereits anerkannt ist, ist eine Auslieferung auch nach Ansicht des BJ nicht möglich.

Bei seinem Besuch in Ankara Anfang Oktober hat Bundesrat Christoph Blocher dem türkischen Justizminister Cemil Cicek zugesagt, die Schweiz werde auch «aus Eigeninteresse» in Auslieferungsverfahren kooperieren. Bleibt zu hoffen, dass das Bundesgericht dem EJPD-Chef und seinem Bundesamt einen Strich durch die Rechnung macht.

Heiner Busch

Letzte Meldung

In einem Ende November veröffentlichten Urteil erkennt das Bundesgericht den Anspruch von Hüseyin Sevinç auf Entschädigung an. Das Bundesamt für Justiz hatte den eingebürgerten Flüchtling nicht darüber informiert, dass es ein gegen ihn gerichtetes türkisches Auslieferungsersuchen abgelehnt hatte. Bei der Reise nach Deutschland wurde der Mann verhaftet und sass über drei Monate in Auslieferungshaft. (BG-Urteil 2A.212/2006)



ORANIS OFFSET

**Grafik/Satz/Druck
Weiterverarbeitung**

Oranis Offset
Hohenbühlweg 4
7002 Chur

Fon: 081 252 45 92
Fax: 081 253 63 03
E-Mail: oranis@spin.ch

Kolloquium Demokratischer JuristInnen

Europas Grenzen: Rechtsfreie Räume

Die europäischen demokratischen Rechtsanwälte (EDA) organisierten ein Kolloquium, an welchem deutlich wurde, wie systematisch die gemeinsame Asylpolitik der EU die Menschenrechte mit Füßen tritt. Ein Bericht.

Die EDA organisierten am 20. und 21. Oktober 2006 in Barcelona ein Kolloquium unter dem Titel «Europas Grenzen: Rechtsfreie Räume». ZeugInnen berichteten von den südlichen und östlichen Aussengrenzen Europas – aus Malta, Lampedusa, Ceuta und Melilla sowie über die unmenschlichen Bedingungen in den Ausschaffungszentren an der slowakisch-ukrainischen Grenze.

In jedem dieser Beispiele konnte die systematische Verletzung der Grundrechte festgestellt werden: Systematische Ausschaffungshaft in Malta, kollektive Rückschiebungen nach Libyen in Lampedusa, Erschiessungen und verweigerte Hilfeleistung an Menschen in Gefahr in Ceuta und Melilla sowie menschenunwürdige Haftbedingungen in der Ukraine.



Europäischer Schwerpunkt

Die europäische Dimension der Probleme zeigt sich nicht nur an den Grenzen, sondern auch an den zahlreichen rechtlichen Instrumenten der repressiven Asyl- und Einwanderungspolitik der

EU, die bereits heute in Kraft sind oder wie die «Rückführungsrichtlinie» kurz vor der Verabschiedung stehen.¹ Letztere würde eine Praxis der systematischen Ausschaffungshaft sowie langjähriger Einreisesperren institutionalisieren. Der Zutritt auf das Gebiet der Union soll während fünf Jahren grundsätzlich auch jenen Personen verboten werden, die nicht aus Gründen der öffentlichen Ordnung ausgeschafft wurden.

Gegen einen Teil der in dieser Richtlinie vorgesehenen Praktiken bietet die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) wichtige Unterstützung. So hat der EGMR in seinem Urteil im Fall Conca gegen Belgien vom 5. Februar 2002 kollektive Ausschaffungen (hier von slowakischen Roma) kritisiert. Im Fall Mublianzila Mayeka und Kaniki Mitunage gegen Belgien (Urteil v. 12. Oktober 2006) erklärte der Gerichtshof lange Ausschaffungshaftdauer bei Minderjährigen für rechtswidrig.

Die TeilnehmerInnen des Kolloquiums riefen die fortschrittlichen JuristInnenorganisationen und alle Engagierten zu Aktionen gegen diese Richtlinie auf. Sie lancierten eine Petition an das EU-Parlament, über Alternativen zur systematischen Inhaftierung von ImmigrantInnen nachzudenken, da dies eines Rechtsstaats unwürdig sei und zu schockierenden und inakzeptablen Situationen führe.

Weiter prüft die EDA die juristische Unterstützung der Opfer der Grenzabschottung in Ceuta und Melilla.

Pierre Robert

¹<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52005PC0391:FR:NOT>

Europa von links unten (4)

Europäische Demokratische Rechtsanwälte

Die Organisation «Europäische demokratische Rechtsanwälte» (EDA) entstand 1987 als Zusammenschluss von Anwaltsgewerkschaften und -organisationen mit einem gemeinsamen demokratischen Ideal: Gegen die politisch, wirtschaftlich oder sozial Mächtigen verteidigt die EDA die Unabhängigkeit der Anwaltschaft und die Bürgerrechte – insbesondere jener Personen, die sich in prekären Situationen befinden und deren elementare Rechte wenig oder gar nicht anerkannt sind.

<http://www.aed-edl.net/>



Solidarité sans frontières

Dezember 2006

Dossier 2006/04 – Den Widerstand weitertragen

«Wenn aber Menschlichkeit kein Argument mehr ist ...»

Zwanzig Jahre Bewegungsgeschichte

Catherine Weber, Sekretärin des Referendumkomitees gegen die zweite Aslygesetzrevision von 1986/87, hielt am am Banquet Républicain Rückschau.

In Sachen Asyl- und Migrationspolitik standen wir nur selten auf dem Siegerpodest, aber jede Niederlage kann auch ein Gewinn sein. Aus den zahlreichen politischen Kampagnen der letzten zwei Jahrzehnte sind die unterschiedlichsten Koalitionen und Netzwerke, kleinen und grösseren Projekte entstanden. Das ist ganz klar auch ein Gewinn für die gesamte soziale Bewegung, die allen Widerigkeiten zum Trotz Bestand hatte und der es immer wieder gelungen ist, neue Kreise zu mobilisieren – gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, gegen Überwachung und den Einsatz der Armee im Innern, gegen Schengen und die Globalisierung.

Wir konnten und können zwar viel Unrecht nicht verhindern. Es gäbe aber mit Sicherheit noch viel mehr Unrecht, wenn wir nicht immer konsequent dagegen angetreten wären.

Mit jedem Abstimmungskampf, mit all den vielfältigen Aktionen gegen Gesetzesverschärfungen und gegen fremdenfeindliche Hetze schreiben wir Geschichte. Wir zeigen auf, dass es in unserer Schweiz nach wie vor eine grosse Solidarität gibt, die sich in Petitionen, Kundgebungen, offenen Briefen, Kirchenasyl-Aktionen oder einfach darin

äussert, dass eine Frau Pfarrer einem Polizisten herzlich in den Arm beisst, um eine Ausschaffung zu verhindern.

Keine Repression ohne Widerstand

Ein kurzer Gang durch das Archiv von Solidarité sans frontières zeigt, wogegen und gegen wen wir alles schon antreten mussten: Dreikreismodell, R- und RR-Stempel, Grenztorlösung, safe countries und Visumszwang, Fesselungen und Knebelungen bei Ausschaffungen, Rayonverbote und Arbeitsverbote, Nichteintretensentscheide, Entzug von Nothilfe, erzwungene Sicherheitsleistungen (SiRück), Internierungszentren, Verfahren 88 und sonstige Schnellverfahren, Sonderlager für Renitente, Empfangsstellen, Rückübernahme-Abkommen, Thuner Asylantenbatzen, Scheinehen, Minimalzentren für Abgewiesene, Einreisesperren, Beugehaft und Ausschaffungshaft, Sprachentests und Biometrie.

«Einbürgerungen vor das Volk», «humanitärer Kitsch», «Kriminal-» oder «Pseudotouristen», «Scheinasylanten» und Messerstecher-Inserate – das haben wir den Linken und Netten zu verdanken. ...

Furgler, Kopp, Koller, Metzler, Blocher, Arbenz, Huber, Gerber, Hadorn, Gnesa. Festung Europa, Festung Schweiz. Die künftige Geschichtsschreibung wird zur Kenntnis nehmen müssen, dass in unserem Land keine der zahlreichen repressiven Massnahmen gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen ohne dezi-

dierten Widerstand durchgezogen werden konnte und kann.

Die Geschichte, so sagt man, wiederholt sich: im Archiv findet sich eine schon ziemlich angestaubte Schachtel, beschriftet mit «Aufruf gegen die bundesrätliche Flüchtlingspolitik 1992/1993»: SVP-Bundesrat Adolf Ogi unternahm im Herbst 1992 eine offizielle Reise nach Österreich – etwa so wie kürzlich sein Parteikollege und Bundesrats-Nachfolger in die Türkei. Ogi hatte drüben in Österreich auch einen Medienauftritt.

Wenn Bundesräte reisen

Im ehemaligen Jugoslawien war Krieg. Für Bundesrat Ogi dagegen war klar, dass sich die da unten jetzt «die Köpfe zerschlagen» und deshalb auch selber Schuld seien an ihrer Situation. Und dass wir hier dann wieder beim Aufbau des Landes mithelfen und mitfinanzieren müssten.

Der Pressedienst des Referendumskomitees gegen die Aushöhlung des Asylrechts veröffentlichte 1987 einen Text von Peter Bichsel. Dessen Fazit ist aktueller denn je: «Es gibt Argumente genug für unsere Sache – wenn aber Menschlichkeit kein Argument mehr ist, dann gibt es überhaupt keine Argumente mehr. Man kann zwar aus Argumenten Gesetze machen, aber man kann nicht hinterher das Gesetz zum Argument machen.»

Catherine Weber

Dossier aus dem Bulletin 4/2006 von Solidarité sans frontières
Neuengasse 8
3011 Bern

www.sosf.ch
sekretariat@sosf.ch

T 031 311 07 70
F 031 311 07 75

PC 30-13574-6

Banquet républicain - 20 Jahre Sosf: Zitate aus den Redebeiträgen

«Wir tragen den Widerstand gegen Dis

«...Das Geld kommt ohne Papiere, ohne Angaben, auf die geheimen Konten in unseren Finanzinstituten. Gerade in diesen Tagen ist ein neuer Rekord gebrochen worden: Unvorstellbare Summen von etwa 4600 Milliarden Schweizerfranken sind bei uns angelegt. Es sind genau jene rechtsbürgerlichen Kreise - die sogar das Bankgeheimnis in die Verfassung schreiben wollten - welche unmenschlich und in aller Härte gegen Menschen ohne Papiere vorgehen. Für Menschen können die Grenzen um die Schweiz offenbar nicht genug gesichert sein und die Kontrollen werden immer aufwendiger. Für Geld jedoch steht eigentlich alles offen...»



**Ruth Genner, Präsidentin
Grüne Schweiz**

«...Nein, meine Damen und Herren, dies ist keine Komödie. Die Verschärfungen im Asyl- und dem neuen Ausländergesetz produzieren lauter Tragödien. Trotzdem wollen wir tanzen und singen, unsere Meinung auf die Strasse bringen.

Mit diesen Sätzen startete die Migrationskommission der Mediengewerkschaft comedia im Mai ein Theaterprojekt zu den beiden Abstimmungen.

Wir wollten den Menschen auf der Strasse Blochers Theater vor Augen führen. Nach der Premiere an der Flüchtlingsdemo Mitte Juni bildeten sich drei Regionalgruppen, die während der heissen Phase der Abstimmung in Bern/Fribourg, in der Inner- und in der Ostschweiz präsent waren. Zumindest in der Ostschweiz ist heute schon klar, dass dieses Engagement mit dem 24. September nicht zu Ende ging...»

Salvi Pittà, Strassentheater

«...Wie bitte soll ein Verfolgter noch legal in einem <harmonisierten> EU-Land und der Insel mittendrin ankommen, wenn an allen Flughäfen die dritte Kontrolle den Einstieg verweigert, falls eine Zwischenlandung das Risiko eines Asylgesuchs bedeutet? Ein Risikoland, nach Ansicht eines Polizeichefs am Flughafen, ist nicht etwa ein Land, wo das Leben für die Bewohner gefährlich ist, sondern ein Herkunftsland, welches das Risiko eines Asylgesuchs birgt. Und so stehen sie dann am Gate für die Vorkontrolle, um das <Routing> für den Rückflug sicherzustellen...»

«...Trotzdem - immer noch gelingt es Einigen anzukommen. Und nicht wenige sind noch da. Die Arbeit geht uns nicht aus. Wachsamkeit und Einmischung sind nötiger denn je. Austausch vor allem auch über unsere Grenzen hinaus...»

Afra Weidmann, Basisaktivistin

Am 21. Oktober fand aus Anlass Solidarité sans frontières ein Banquet zum Motto «Wir tragen den Widerstand gegen die Ausgrenzung weiter!». 80 Teilnehmer verabschiedeten eine Resolution (SOSF) prägnant

«Wir geraten mit dem Anspruch der grenzenlosen Solidarität in ein Dilemma. Der Versuch, der Globalisierung entgegenzutreten, scheitert, und wir sind immer so unglücklich darüber. Denn unsere Grafikerin Manuela Pfunder hat in ihrem Buch <Grenzenlose Solidarität zwischen Ost und West, Nord und Süd> geschrieben: «60 Tage im Jahr leidet der Mensch an Arbeitslosigkeit. In diesem Alter ist jede einzelne Person arbeitslos. Arbeitslosigkeit ist ein Problem, das uns alle betrifft. Wer von uns ist bereit, leidenschaftlich dafür zu kämpfen? ...»

«... In diesem Sinne ermutige ich uns zur Fortsetzung der begrenzten Solidaritäten. Vielleicht bleibt uns das Utopische am Ende doch nicht als Hexerei überlassen...»

Jürgmeier, Schriftsteller

«... 760'000 citoyen-ne-s suisses ont dit que ces situations ne sont pas acceptables. Ils ont voté avec eux! Ceux qui ont voté oui ne sont pas tous des nationalistes (plus en plus), mais ce sont pour la plupart des personnes qui ne connaissent pas les situations dans lesquelles vivent les personnes migrantes. CONNAITRE ces situations...»

«... La grande force de notre campagne d'avis est la prise en compte de la situation des personnes migrantes. Il faut continuer...»

François de Vargas, membre d'Amnesty International romand de la Déclaration de Berne

Banquet républicain - 20 Jahre Sosf: Zitate aus den Redebeiträgen

«Kriminierung und Ausgrenzung weiter»

s des 20jährigen Jubiläums von
uet Républicain in Bern statt unter
rstand gegen Diskriminierung und
nehmerInnen diskutierten und
siehe Seite 2). Nachstehend einige
e Zitate.

n Solidarität in ein veritables Glaubwürdigkeits-
konomischer Interessen eine <solidarité sans
r sind, bei ehrlicher Selbstbefragung, gar nicht
e Vision widerspricht unseren Interessen. Die
uch <Neotopia> ausgerechnet, was solch unbe-
d und Süd, Zürich und Burundi konkret bedeu-
an Hunger. 14 Jahre und 8 Monate im arbeitsfä-
le 70 Jahre erhalten wir ein neues Paar Jeans...>
zu kämpfen, dass wir bekommen, was uns zu-

setzung bescheidener und manchmal ziemlich
abei die leise Hoffnung, dass sich die Einlösung
i, sondern als das Menschenmögliche erweist.

deux lois étaient inacceptables. Il faut construire
s des racistes (même s'il y en a, en Suisse, et de
ersonnes qui ne connaissent pas la situation des
us des gens de gauche, mais ils connaissent les
es migrantes. Cela signifie qu'il faut FAIRE

rant le 24 septembre a été de faire connaître la
muer dans ce sens... »

esty international, ancien secrétaire

« ...J'aimerais féliciter Solidarité sans frontières pour ses 20 ans de travail pour la défense du droit d'asile et des droits des étrangers et étrangères. Nous avons vécu ici et nous avons pu voir grandir nos enfants grâce à vous et votre travail... »

...Toutes les choses que nous vivons aujourd'hui sont les conséquences de la globalisation et son modèle néolibéral...

...Nous devons nous battre pour défendre l'aide au développement en Afrique et en Amérique latine et continuer la lutte contre la misère et contre l'expropriation des terres qui touchent le plus les femmes et les enfants des pays du sud qui doivent émigrer sans savoir où y aller. Nous avons dû nous battre pour les droits d'autrui, le droit à la vie et à la dignité humaine... »

Beatriz Gomez, Animatrice socio-culturelle, Lauréate « femme exilée femme engagée »



« ...Après ces votations, les porte-parole de cette politique dénigrante et xénophobe crient victoire, et cela au nom du peuple suisse, disant que la volonté du peuple a été exaucée. Il est vrai que le peuple est le maître suprême de notre sort et de la politique, mais il ignore parfois que, dans ce monde, nous sommes tous à la fois des étrangers et réfugiés... »

... il s'agit d'une politique basée sur la manipulation et la peur contre les requérants d'asile et les étrangers. Une politique qui a tout fait pour dévisager l'autre en le dépouillant sans pitié de ses propres valeurs et de sa dignité...

...Aujourd'hui, comme pour demain, nous devons tous ensemble continuer d'élever nos voix et poursuivre notre combat contre la politique de Blocher et de ses sympathisants ; il faut se mettre ensemble contre ce rejet et cette haine et redonner à la Suisse ses valeurs de terre d'accueil et de terre des droits humains ... »

Lefteri Hasanaj, Assistante sociale, Lauréate « femme exilée femme engagée »



Zukunft des Widerstands

Ein neues Diskussionsfeld eröffnen!

An der Niederlage vom 24. September gibt's nichts zu deuteln. Was jetzt?

Der Abstimmungskampf war bestimmt vom Missbrauchsgerede, das seit Jahren die asylpolitische Diskussion beherrscht. Die Nein-Kampagne hat nicht klar machen können, dass die Schweiz ein Einwanderungsland ist und dass eine Immigrationspolitik der Zukunft nicht auf Abschottung und Entrechtung aufbauen kann. Dass am 24. September trotzdem 150'000 Personen mehr als bei jedem früheren Asylgesetzreferendum gegen die Sündenbockpolitik der Rechten gestimmt haben, ist kein Grund zur Beruhigung, sondern eine Verpflichtung, weiter zu machen und politische Perspektiven aufzuzeigen.

Bürgerliches Wirrwarr

Medial war im Abstimmungskampf neben dem Doppelreferendumskomitee unter dem Präsidium von Ruth Dreifuss das bürgerliche Nein-Komitee sehr präsent. Der Grund dafür ist klar. Zum ersten Mal war eine AusländerInnen-Vorlage nach Gusto der SVP mit Unterstützung von CVP und FDP tel quel durch das Parlament gewinkt worden. So boten sich für kritische JournalInnen als liberale Nein-Stimmen nur mehr die Mitglieder des «comité bourgeois» an.

Hintergrund des völligen Versagens von Freisinn und Christdemokraten war ein dummes Kalkül, das genauso wenig aufgehen sollte, wie die Hoffnung auf ein deutlich besseres Resultat auf unserer Seite. Die bürgerlichen Parteitaktiker wollten im Hinblick auf die Parlamentswahlen 2007 mit ihrem Ja

der SVP ihr Wahlkampfthema wegnehmen. Dieser Schuss ging allerdings hinten raus. Die SVP wurde als einzige Siegerin wahrgenommen. Und heizt nun mit der Islamdebatte, mit der Minarett-Posse, mit Blochers Antirassismus-Provokationen die Stimmung weiter an.

Reagieren – und agieren!

Klar ist: Auf diese Provokationen wie auch auf die bereits beginnende teilweise «Vorwandung» des neuen Rechts müssen wir reagieren. Längerfristig zentral sind aber unsere eigenen Projekte. Unser Widerstand braucht langen Atem, das wurde mit dem ernüchternden Abstimmungsergebnis klar. Nach dem 24. September gibt es zwei Fallen, in welche die Bewegung nicht treten darf. Einerseits die Resignation, andererseits blinder Aktivismus. Deshalb müssen möglichst breit abgestützte Projekte diskutiert werden, welche von unserer Bewegung selbst initiiert sind und eine längerfristige Perspektive haben. In einem Projektpapier hat Solidarité sans frontières vier mögliche Handlungsfelder skizziert:

Beobachtungsstelle: Aus der Deutsch- und Westschweiz wurde die Idee eines «Observatoriums» lanciert, welches aktiv Informationen über die tatsächlichen Auswirkungen der verschärften Gesetze sammeln und verfügbar machen soll und damit eine Grundlage für die Analyse der konkreten Auswirkungen der Gesetze, für Medienarbeit, politische und juristische Interventionen bietet.

Refugien und Freiplätze: Ab Januar 2008 werden ungefähr 9'000 Asylsuchende mit negativem Entscheid von der

Sozialhilfe ausgeschlossen und auf Nothilfe gesetzt. Es sollen geschützte Räume zur Verfügung gestellt werden, vor allem in jenen Kantonen, wo keine zumutbaren Nothilfekonzepte oder starke Gruppierungen existieren.

Politische Alternativen: Um mittelfristig aus der politischen Defensive zu kommen, müssen wir asyl- und vor allem migrationspolitische Perspektiven entwickeln. Nur der Schritt von der Kritik der herrschenden Scheinlösungen zu neuen Vorschlägen kann das Feld der Diskussion längerfristig verschieben.

Ohne uns geht nichts!

Die Vision von einem gesamtschweizerischen *MigrantInnen-Streiktag* in Anlehnung an den Frauenstreiktag wird seit einigen Jahren immer wieder zur Diskussion gestellt. Ein solcher breit abgestützter Aktionstag könnte der «anderen Schweiz» eine klare Stimme geben und die Organisation dieses Tages wird die Vernetzung unter den vielen verschiedenen Gruppierungen wesentlich vorantreiben.

Wir meinen, dass die Kampagne «Ohne uns geht nichts.» mit dem konkreten Ziel eines solchen MigrantInnen-Streiktags wieder belebt werden muss.

Balthasar Glättli
Heiner Busch

Ein aufdatiertes detaillierteres Projektpapier findet sich auf unserer Homepage (www.sosf.ch) oder kann beim Sekretariat bestellt werden.



grundrechte.ch

Ende September hielt der Verein **«grundrechte.ch»** seine Gründungsversammlung ab und wählte den Zürcher Rechtsanwalt Viktor Györfy zu seinem Präsidenten. Der neue Verein ist die Nachfolgeorganisation der Stiftung «Archiv Schnüffelstaat Schweiz» (ASS), die im Gefolge des Fichenskandals entstand. Er will sich aktiv für die Verteidigung und Weiterentwicklung der Grund- und Menschenrechte in der Schweiz einsetzen, insbesondere für die Freiheit vor Überwachung und das Recht zu demonstrieren. Die Versammlung diskutierte nicht nur Statuten, sondern gleich zum Einstieg eine Stellungnahme: In dieser kritisiert sie die Verschärfung des Bundesgesetzes «über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit», mit der das EJPD dem Staatsschutz Befugnisse zum Anzapfen von Telefonen und E-Mails sowie zum Einsatz bezahlter Spitzel auch ausserhalb von Strafverfahren bescheren möchte.

Wie Solidarité sans frontières ist auch grundrechte.ch in der Berner Neuen-gasse 8 zu Hause. Die Archive beider Organisationen sind seit Jahren eng verbunden und auch darüber hinaus dürfte es keinen Mangel an Gelegenheiten zur Zusammenarbeit geben.

www.grundrechte.ch

Kurz berichtet

Abschiebehindernisse für Sans-Papiers?

Die grosse Lücke, welche bei der Überprüfung von Wegweisungshindernissen von Nicht-Flüchtlingen besteht, gewinnt angesichts der zunehmenden Illegalisierung von Personen mit prekärem Aufenthalt an Bedeutung. Ein Gutachten von Prof. M. Schefer im Auftrag des Solidaritätsnetzes Basel beleuchtet nun «Drohende häusliche Gewalt als Hindernis der Ausweisung und Auslieferung im Rahmen von Art. 3 EMRK». Es wird er-

sichtlich, dass die Auslegung der EMRK umfassender geworden ist – gerade auch, was Gewalt gegen Frauen angeht. So braucht es nicht mehr unbedingt einen Nachweis erfolgloser Schutzsuche bei staatlichen Instanzen und es muss nicht in jedem Falle ein besonderes individuelles Risiko nachgewiesen werden.

Das Gutachten kann beim Sekretariat bezogen werden, Spenden an Sospf (PC 30-13574-6) mit dem Vermerk „Gutachten Solinetz Basel“ für das teure Gutachten werden weitergeleitet.

Ausschaffung statt Hochzeit

Die Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich (S-PAZ) hat aufgedeckt, dass von den Zivilstandsämtern zwecks «Bestätigung des illegalen Aufenthalts» an das Migrationsamt weitergeleitete Sans-Papiers dort neuerdings eine umgehende Verhaftung und Ausschaffung zu gewärtigen haben. Über die korrekte Vorgehensweise informiert die S-PAZ Betroffene (www.s-paz.ch).

Kiosk

20 Jahre SOS Asile Vaud

«Der erste Akt des Widerstands und der Solidarität ist so ungeheuer einfach, weil er eine der ersten menschlichen Gesten überhaupt ist: die Augen öffnen und den anderen ansehen, der uns ansieht.» So schreibt Bruno Clément im ersten Artikel dieses Buches. Die anderen und ihr Leiden zur Kenntnis nehmen und mit ihnen solidarisch sein – mit den Flüchtlingen, den Sans-Papiers, den ImmigrantInnen schlechthin – darin besteht die grosse Leistung von SOS-Asile Vaud in den zwei Jahrzehnten ihres Bestehens. Das Jubiläum fiel zusammen mit der parlamentarischen Beratung über das Ausländergesetz und das Asylrecht. Das Buch selbst erschien kurz vor der Abstimmung vom 24. September 2006.

Es vereint Berichte und Zeugnisse von Flüchtlingen mit zugleich persönlichen und politischen Beiträgen von SOS-Mitgliedern. Sie zeigen die Verschärfungen des Asylrechts und der Praxis seit Mitte der 80er Jahre; sie zeigen, wie die unselige Rede vom «Missbrauch des Asylrechts» alle restriktiven Massnahmen gerechtfertigt hat. Sie zeigen aber auch die Kontinuität des Widerstandes, der in der Waadt im Kampf um die «523» eine unglaublich breite Unterstützung in der Bevölkerung gefunden hat. «Unsere Enkel werden eine der brilliantesten Seiten der Waadtländer Geschichte und der Geschichte der Menschheit lesen können», schreibt Kamber Kolloni zu Recht mit grossem Stolz.

Schmidlin, Irène; Tafelmacher, Christophe; Küng, Hélène (Hrsg.): La politique suisse d'asile à la dérive. Chasse aux «abus» et démantèlement des droits. Lausanne: Éditions d'en bas; SOS Asile Vaud, 2006, 112 Seiten, Fr. 18.- (Erhältlich bei der Édition d'en bas, 12 rue du Tunnel, 1005 Lausanne, Fax. 021-312 32 40, enbas@bluewin.ch)

Baustelle Festung Europa

«Nicholas Busch, geboren 1948 in New York, gestorben 2005 in Falun (Schweden)». Nicht erst die kleine biografische Notiz am Ende des Buches zeigt den Autor als europäischen Aktivisten: als Mitinitiator der Freiplatzaktion für chilenische Flüchtlinge in der Schweiz und der Kampagne für die Freilassung von

Otelo de Carvalho (dem wohl bekanntesten Repräsentanten der portugiesischen Revolution von 1974), als Mitglied des CEDRI und des Europäischen Bürgerforums, der schwedischen Asylbewegung, als Schengen-Kritiker in Skandinavien und als Herausgeber des «Fortress Europe – Circular letter». Das von seinen Freunden zusammengestellte Buch von Aufsätzen und Reportagen versteht sich nicht als «Nachlass-Dokumentation», sondern als «Lesebuch»

Busch, Nicholas: Baustelle Festung Europa – Beobachtungen, Analysen, Reflexionen, Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag, 2006, 215 S., Fr. 34.30. Erhältlich auch bei EBF Schweiz, Postfach, CH-4004 Basel, suisse@forumcivique.org

Gestürmte Festung Europa

Zwölf Jahre nach dem «Sach- und Fachbuch: Festung Europa von Beat Leuthardt» zeigt die Österreicherin Corinna Milborn in ihren Reportagen, dass die Mauern der Festung höher geworden sind und sich selbst mitten durch die europäischen Gesellschaften ziehen. Sie berichtet aus Ceuta und Melilla, von den kanarischen Inseln, aus dem Plastikmeer der spanischen Provinz Almería, aus dem Asyllager Traiskirchen in Österreich, aus den Pariser Vorstädten und aus London. . .

Milborn, Corinna (Fotos: Reiner Riedler): Gestürmte Festung Europa. Einwanderung zwischen Stacheldraht und Ghetto. Das Schwarzbuch. Wien/Graz/Klagenfurt: Styria-Verlag, 2006, 250 S., • Fr. 19.90

Jahrbuch Migrationsrecht

Seinem Anspruch «Gesetzgebung und Praxis des Migrationsrechts zu analysieren» wird diese zweite Ausgabe des «Jahrbuchs Migrationsrecht» durchaus gerecht. Wiederum enthält der Band informative Übersichten über die Rechtsprechung des Bundesgerichts, der Asylrekurskommission sowie des Strassburger Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Im Bereich der Rechtsentwicklung werden u.a. das Ausländergesetz und das teilrevidierte Asylgesetz präsentiert, in Referaten – schwerpunktmässig zum Familiennachzug – wird die Gesetzeslage und die Rechtsprechung umfassend dargestellt. Von einer Analyse würde man aber etwas mehr erwarten – insbesondere dann, wenn es um politisch hoch aufgeladene Begriffen wie «Rechtsmissbrauch» oder «Scheinehe» geht, wie im ersten Beitrag des Bandes.

Achermann, Alberto u.a. (Hg.): Jahrbuch Migrationsrecht 2005/2006, Bern: Stämpfl, 2006, 300 S., Fr. 75.–

Sans-papiers

Das SRK sei, wie sein Präsident, der ehemalige FDP-Ständerat René Rhinow, im Vorwort festhält, eine «neutrale humanitäre Organisation». Dennoch hat das Migrationsdepartement dieser «neutralen» Organisation einen ausgesprochen lesenswerten (und durchaus parteiischen) Band über Sans-papiers und ihre Lebensbedingungen vorgelegt. Zu den Aufsätzen gesellen sich acht Reportagen

Fortsetzung Seite 12

Porträt

Julia Rogger: Von Null auf Hundert

Ein Praktikum bei der Sosp kann Archivarbeit bedeuten. Der zukünftigen Sozialarbeit-Studentin zog es aber sofort den Ärmel rein und sie wurde zur unentbehrlichen Mitaktivistin im Referendumskampf – weit übers Praktikum hinaus.

Es begann schnell und spontan. Nur zwei Tage nachdem sich die 22-jährige Julia im August bei Solidarité sans frontières erkundigt hatte, ob vor dem Beginn ihres Studiums an der Fachhochschule für soziale Arbeit nicht tatkräftige Unterstützung auf dem Sekretariat gebraucht werde, nahm sie als neue Praktikantin die Arbeit auf. Ihr erster Auftrag bestand in der Zusammenstellung einer ausführlichen Hintergrund-Dokumentation zum Doppelreferendum. Sie begleitete den dicken Ordner einen Tag später gleich selbst nach Zürich, wo junge kulturelle AktivistInnen mit der Besetzung «Shanty Town» das Seeufer bereicherten.

Eine grosse Unterstützung war danach Julias mühsame aber notwendige Korrekturarbeit an unserer Homepage und die Mitarbeit im Archiv von Solidarité sans frontières.

Nicht nur Zuschauerin – mehr denn je

Selbstverständlich engagierte sich Julia auch für die Unterstützung des Doppelreferendums: «Auch wenn das Resultat natürlich enttäuschend war, fand ich es doch eine spannende Zeit. Ich war nicht nur Zuschauerin, sondern konnte mich konkret in den Abstimmungskampf ein-



bringen.» Am 24. September allerdings blieb Julia zu Hause. Sie ahnte, was kommen würde. «Mir fiel ein wenig die Decke auf den Kopf. Es war ein schwarzer Tag. Am meisten enttäuscht mich, dass so viele Menschen offensichtlich der billigen Argumentation der SVP folgten und deren Behauptungen übernahmen, statt genauer hinzuschauen.» Für Julia ist allerdings klar: wenn nun neue Anläufe genommen werden, ist sie mit dabei – und zwar mit einem grösseren Engagement als zuvor. «Die Haltung vieler junger Menschen hat mich enttäuscht. Man würde doch denken, dass deren Meinungen weniger festgefahren sind!» Wie ihr künftiges Engagement

aussehen könnte, weiss sie noch nicht. Sie überlegt sich, ob nicht ein kulturelles Projekt die Stimmung gegenüber ausländischen Jugendlichen verbessern könnte. «Als ich erlebte, wie der afrikanische Freund einer Kollegin sogar eine Lehrstelle erhalten hätte, aber die notwendigen Bewilligungen verweigert wurden, fühle ich mich doch sehr vor den Kopf gestossen. Das Recht auf Ausbildung müsste doch ein Grundrecht für alle sein. Bloss weil ich Schweizerin bin und nicht aus prekären finanziellen Verhältnissen komme, stehen mir sehr viele Wege offen. Warum sollten nicht alle Jugendlichen diese Möglichkeiten haben?»

Fortsetzung von Seite 10

mit Lebensgeschichten von Sans-papiers sowie ein Anhang mit rechtlichen Informationen und nützlichen Adressen.

Schweizerisches Rotes Kreuz, Departement Migration (Hg.):

Sans-papiers in der Schweiz. Unsichtbar – unverzichtbar, Zürich: Seismo, 2006, 260 S. Fr. 38.–

**Bitte teilen Sie uns
Adressänderungen
umgehend mit.
Sie ersparen uns damit
teure Posttaxen.**

Migration – eine Herausforderung für Gesundheit und Gesundheitswesen

Bereits 2004 erschienen ist der Band «Migration – eine Herausforderung für Gesundheit und Gesundheitswesen». Neben einführenden Beiträgen zu Migration und Familienleben sowie den Paradoxien der Integration finden sich hier Beiträge über Fachpersonen mit Migrationshintergrund im Gesundheitswesen, zur sprachlichen Vermittlung zwischen PatientInnen und Pflegenden, über den Zugang zur Gesundheitsversorgung für Personen mit unsicherem Aufenthalt, zur die Behandlung von durch Folter und Krieg traumatisierte Menschen und schliesslich zum «Altern in der Migration».

Migration – eine Herausforderung für Gesundheit und Gesundheitswesen, Zürich: Seismo, 04, 250 S., Fr. 29.–

impressum

Erscheint viermal jährlich

Auflage dieser Ausgabe: 3450 deutsch / 750 französisch

Beglaubigte Auflage: 3'226 Ex. deutsch / 583 Ex. französisch

Satz/Gestaltung: ComTex, 3414 Oberburg

Druck: Oranis Offset, Chur

Versand: Toleranz95, Chur

Redaktion: Heiner Busch, Balthasar Glättli, Manuela Reimann Graf

Übersetzungen: Sylvie Colbois, Olivier von Allmen

Lektorat: Sosf

Fotos: Jean-Michel Gunz

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mitte Januar 2007

Wir behalten uns vor, LeserInnenbriefe zu kürzen

Mitgliederbeitrag 2006 inkl. Abo:

Fr. 60.– Verdienende / Fr. 90.– Paare /

Fr. 30.– Nichtverdienende /

Organisationen Fr. 100.–

Abo Einzelpersonen Fr. 25.– /

Abo Organisationen Fr. 45.–

Herausgeberin: Solidarité sans frontières,

Neuengasse 8, 3011 Bern

(Zusammenschluss AKS/BODS)

Fon: 031 311 07 70

Fax: 031 311 07 75

e-mail: sekretariat@sosf.ch / www.sosf.ch

PC-Konto: 30-13574-6

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

51

Migration, Integration, Illegalität

Globalisierung, Arbeitsmigration,
Wohlfahrtsfestung EU;
Feminisierung der Migration, Illegalisierung,
Sans-Papiers, Frauenhandel;
Multikulturalismus, Exklusion,
Parallelgesellschaften, Integrationsmodelle;
Ausländergesetze und Fremdenfeindlichkeit;
Secondöts und politische Abstinenz;
demokratische Flüchtlings- und
Migrationspolitik;
u.a.m.

Diskussion

Vorankündigung -
Heft 51 erscheint
Ende Dezember

ca. 220 Seiten
Fr. 25.–
(Abonnement Fr. 40.–)

erscheint halbjährlich
im Buchhandel
oder erhältlich bei

WIDERSPRUCH,
Postfach, 8031 Zürich
Tel./Fax 044 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch